

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 78 (2000)
Heft: 1

Artikel: Kochs Kampf gegen Windmühlen : oder wie die Grundwertedebatte zum Running Gag verkommt
Autor: Kästli, Tobias
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341524>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kochs Kampf gegen Windmühlen

oder wie die Grundwertedebatte zum Running Gag verkommt

Seit bald zwei Jahrzehnten kenne ich Ursula Koch, und ich mag sie immer noch, denn wer eine starke Überzeugung hat, ist mir sympathisch. Wo ihre Überzeugung zur Sturheit wird, mag sie irritieren. Das muss nicht negativ sein; Koch ist immer noch für jede Talk-Show gut; als schweizerische Parteipräsidentin taugt sie aber weniger.

Tobias Kästli

Erstmals stutzig wurde ich bei ihrer Reaktion auf das Schröder-Blair-Papier. Es war im Juni 1999, als die smarten Regierungschefs Deutschlands und Englands ihr Papier über den «Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten» veröffentlichten. Die Presse, die gerne Etiketten verpasst und Polaritäten konstruiert, qualifizierte das Papier als neoliberal. Jospin ging sofort auf Distanz. Ebenso Ursula Koch. Im SP-Pressedienst vom 25.6.99 schrieb sie: *«Wer das 18-seitige Pamphlet in seiner vollen Länge liest, sucht vergebens nach Massnahmen und Vorschlägen für die konkrete Politik. Man findet aber jede Menge wohlklingender Sätze und Gemeinplätze ... Trotz der vielen Worthüllen wird aber schnell klar, dass es den beiden Regierungschefs neben der neoliberalen Rhetorik letztlich um die Senkung der Staatsquoten und damit um die Reduktion der Steuern für Gutverdienende, grosse Vermögen und Unternehmungen geht.»*

Für Ursula Koch sind Schröder und Blair offenbar nur scheinbare Sozialdemokraten. Sie sind Wölfe im Schafspelz, haben Kreide gefressen und reden von zeitlosen Werten wie Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität, um dann aber nichts anderes im Sinn zu haben, als die Geschäfte der raffgierigen Unternehmer zu besorgen. Das Wählervolk durchschaute sie und liess sie bei den Europa-Wahlen durchfallen. Koch kommentierte: *«Die niederschmetternden Resultate der SPD und von New Labour haben mindestens etwas Gutes: Niemand wird uns je wieder empfehlen können, den Weg von Blair und Schröder ebenfalls zu gehen.»* Als die SPD auch bei den Landtags- und Kommunalwahlen in der zweiten Hälfte 1999 eine Reihe herber Niederlagen einstecken musste, sah sich Ursula Koch in ihrem Urteil bestätigt. Vom Niedergang der SPD nicht betroffen war Oskar Lafontaine, der schon am 11. März 1999 mit dem Diktum «Der kann's nicht!» Schröder den Bettel vor die Füsse geworfen und aus der Regierung ausgetreten war. So galt er recht eigentlich als Symbolfigur des Widerstands gegen den Schröder-Blair-Kurs. Am 9. Oktober 1999 hielt er am Europatag der SP Schweiz in Zürich eine stark applaudierte Rede. Strahlend verschwisterte sich Ursula mit Oskar und empfahl öffentlich seine Streit- oder Rechtfertigungsschrift «Das Herz schlägt links» zur Lektüre. Die Botschaft war: Wir müssen Widerstand leisten gegen den Neoliberalismus.

Es gibt Wölfe im Wolfspelz (Blocher, Haider & Co.) und Wölfe im Schafspelz (Schröder, Blair & Co.), und sie versuchen alle, den Sozialismus auszutricksen, meint Ursula Koch.¹ Wo setzt ihre Gegenstrategie ein? An der Basis, bei den Grundwerten! In allen Sektionen über die Grundwerte der Sozialdemokratie reden und von da aus ein neues Parteiprogramm entwickeln. Das ist Kochs Idee und Rezept, und das war schon ihre Plattform, als sie sich zur Parteipräsidentin wählen liess. Sie machte sich auch sogleich auf die Socken. Es ist mehr als zwei Jahr her, da besuchte sie auch meine Sektion Bern-Nord, um eine Grundwertedebatte zu moderieren. Am Ende fragte sie, wer in einer Gruppe mitarbeiten möchte, deren Ziel die Förderung der Grundwertedebatte und die Formulierung eines neuen Parteiprogramms sei. Ich war interessiert und fuhr seit Herbst 1998 regelmässig von Bern nach Zürich zu den Sitzungen der Grundwertekommission oder der «Spurgruppe», wie sie sich anfangs nannte. Etwa ein Dutzend SP-Mitglieder machte mit. Die eigentliche Parteinomenklatura war nicht vertreten. Dafür arbeiteten ein paar christlich orientierte SpezialistInnen für Grundwerte mit: Willy Spieler, SP-Fraktionschef im Zürcher Kantonsrat und Redaktor der Zeitschrift «Neue Wege», Christoph Stückelberger, Leiter von «Brot für alle» und Sozialethiker an der Uni Basel, Reinhild Traitler, Leiterin des evangelischen Studienzentrums Boldern, und einige andere. Die Diskussionen in der Gruppe waren interessant, von einzelnen Mitgliedern wurden interessante Papiere geschrieben, aber es fehlte der professionelle Koordinator oder die Koordinatorin, die der Arbeit Zielgerichtetheit zu geben vermocht hätte. Die einzige, die sich nach Kräften darum bemühte, war Sonja Rüegg, Sekretärin bei der SP Kanton Zürich. Sie kämpfte zäh und schliesslich mit Erfolg dafür, dass die

Gruppe vom Parteivorstand als offizielle Kommission mit dem Namen Programmkommission eingesetzt wurde – allerdings ohne gleichzeitig die budgetierten Mittel zu bewilligen. So ist es bis heute (Anfang 2000) immer noch nicht möglich, eine Koordinatorin teilzeitlich anzustellen. Die Arbeit der Gruppe bleibt unvernetzt, ineffizient und ziellos.

Es dauerte einige Zeit, bis ich merkte, dass Koch eigentlich froh über diesen Zustand ist. Sie will keine professionelle Leitung der Programmkommission. Vielmehr will sie die Sache in ihrer Hand behalten. Sie will die Mitglieder der Programmkommission als eine Art Barfussärztinnen und -ärzte in die Sektionen schicken, um überall nach vorgegebenem Schema die Grundwertedebatte anzuzetteln. Wozu? Es geht um eine Art Impfaktion: Das Parteivolk soll gegen die neoliberale Seuche geimpft werden. Oder um eine andere medizinische Metapher zu brauchen: Es soll ihm ein Gegengift verabreicht werden. Der Neoliberalismus ist ein schleichendes Gift, das unter die Haut geht und sich langsam verbreitet, sagt Koch. «Subkutan» ist ihr Lieblingswort. Wer sich modischer Worthülsen wie «Neue Mitte» oder «Dritter Weg» bedient, ist schon der schleichenden Vergiftung erlegen. Wie das Gegengift eingespritzt werden soll, das hat Koch Punkt für Punkt in einem Papier festgehalten: Die ModeratorInnen gehen an eine Sektionsveranstaltung, verteilen Kärtchen und Bleistifte und fragen die Sektionsmitglieder, was noch alles geschehen müsste (an SP-interner Aufweichung der Grundwerte), bis sie aus der Partei austreten würden. Aus den Antworten schälen sie die Werte heraus, die es zu bewahren gilt. Die Antworten auf den Kärtchen zeigen – so die stillschweigende Annahme –, dass in den Köpfen oder Hinterköpfen der Leute durchaus noch die guten alten SP-Grundwerte existieren. Aber welche Grundwerte sind in der heutigen Gesellschaft überhaupt noch verankert? Eigentlich gar keine. Die neoliberale

¹ Vgl. dazu das Editorial. *Anm. der Redaktion.*

le Ideologie hat sie allesamt verdrängt. Dies ist die Erkenntnis, die sich nach Kochs Meinung zwangsläufig aus einer Grundwertediskussion ergibt. An der Sektionsveranstaltung soll es dann gemäss dem Koch-Papier so weitergehen: «Gruppenarbeit zu einem der Grundwerte, z.B. Gerechtigkeit. Es wird ein vorbereitetes Papier abgegeben mit vorgegebenen Fragen: Was bedeutet uns dieser Grundwert? Wie verhält sich die Partei in ihrer Alltagspolitik gegenüber diesem Grundwert? Wo stossen wir auf Schwierigkeiten mit diesem Grundwert, und wo ergeben sich Dilemmas?» Das dauert eine halbe Stunde. Danach zwanzig Minuten Auswertung der Gruppenarbeit. Zum Schluss noch fünf Minuten Diskussion zu folgenden Themen: «Wie geht es weiter? Weitere Sektionsveranstaltungen, Tagungen. Ziel: Formulierung der Antworten auf aktuelle politische Fragen. Umsetzung der Grundwerte in eine sozialdemokratische Politik für das 21. Jahrhundert. Arbeit an der Revision des Parteiprogramms aus dem Jahr 1982. Schluss und Dank.» In dieser Weise soll hundertfach an der Basis diskutiert werden. Gut so. Aber ist dies die Aufgabe einer Programmkommission? Koch weist ihr diese Aufgabe zu, denn sie will keine Kommission, die öffentlich Thesen zur Diskussion stellt. Unter dem Vorwand, sie wolle nicht wie zu Bodenmanns Zeiten eine Diskussion von «oben nach unten», sondern umgekehrt eine Diskussion «von unten nach oben», verhindert sie die offene Auseinandersetzung um Grundwerte und programmatische Inhalte. Sie will keine öffentliche Debatte, in die sich ja dann auch die Gegner einschalten könnten. Sie geht vom Axiom aus, der Neoliberalismus sei der omnipräsente böse Feind, der zur Strecke gebracht werden muss. Sie entwickelt dazu eine unbedarfte Strategie, ohne vorher zu fragen, was Neoliberalismus eigentlich ist, ohne zu fragen, ob und wie sich sozialdemokratische Politik mit ihm in rationaler Weise auseinanderset-

zen könnte. Sie will die SP-Tradition nicht in Frage stellen, sondern stärken, sie will gegen Modernismen wie «Dritter Weg» oder «Neue Mitte» ankämpfen. Das kommt mir, bei allem Respekt für ihre anständige Haltung, nachgerade lächerlich vor. Hat Koch nicht gemerkt, dass sich grundlegende Dinge verändert haben? Man müsste dringend neue Wege sozialdemokratischer Politik prüfen – auch diejenigen, die das Schröder-Blair-Papier zur Diskussion stellt. Als Historiker, der sich seit dem Abschluss seines Studiums vor nun bald 30 Jahren mit der Geschichte der Sozialdemokratie befasst hat, ist mir vor allem eines deutlich geworden: Unsere Partei ist dann stark, wenn sie sich im Gleichschritt mit den gesellschaftlichen Veränderungen selbst auch veränderte. Wie steht es heute damit? Ziemlich schitter. Die Parteipräsidentin jedenfalls hat den nötigen Veränderungswillen nicht. Sie verweigert das Gespräch mit den Modernisierern. Ihre konservative Haltung wird, falls sie noch lange Präsidentin bleibt, verheerende Auswirkungen haben.

Nach wie vor bin ich davon überzeugt, dass wir eine Grundwertediskussion brauchen. Aber sie soll nicht die Funktion eines Gegengifts haben. Denn der Neoliberalismus ist kein Gift, sondern eine diskussionswürdige Position. Wir SozialdemokratInnen haben eine Position, die sich von der neoliberalen unterscheidet. Aber wie genau? Die neoliberale Herausforderung gibt uns Gelegenheit, über unsere eigene Position schärfer nachzudenken. Wir müssen gewisse überholte Vorstellungen preisgeben und uns von den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Nachhaltigkeit her neu auf unsere Aufgaben als SozialdemokratInnen besinnen. Wir brauchen Offenheit, weil die politischen Verhältnisse im Jahr 2000 wesentlich andere sind als im Jahr 1982. Damals verabschiedeten wir unser Parteiprogramm. Von Blocher war noch nicht die Rede; er war noch nicht Besitzer der Ems-Chemie. Den EU-Binnenmarkt,

den Euro und den ständigen Menschenrechtsgerichtshof gab es noch nicht. Die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg, die Wirkungen der Globalisierung, die Rolle der Schweizer Armee in einer Welt voller Konflikte und viele andere Themen wurden noch nicht in der Art diskutiert, wie wir es heute tun. Es war die Zeit vor der Implosion des Ostblocks. Die Wende von 1989 ist der grosse Einschnitt, den gerade wir SozialdemokratInnen besonders sorgfältig analysieren müssten. Bis heute ist aber die schweizerische Sozialdemokratie immer wieder der Frage ausgewichen, welche programmatischen Konsequenzen wir aus dem Ende des Sozialismus ziehen müssen. Konkret geht es um folgende Fragen: 1. Welche Aufgaben, speziell im Bereich der Wirtschaftslenkung, können wir vernünftigerweise dem Staat überbinden? 2. Sollen wir uns für den Ausbau des Sozialstaates oder mindestens für den Status quo einsetzen, oder brauchen wir einen dynamischen Umbau? – Umbau sei Abbau, meinen viele traditionsverhaftete Mitglieder in unserer Partei, und sie werfen Schröder/Blair vor, eben diesen Abbau anzuvisieren.

In der Schweiz ist der Sozialstaat nie in dem Mass ausgebaut worden wie in England, und die staatliche Steuerung der Wirtschaft ging nie so weit wie dort geschweige denn wie in der DDR. Seien wir froh darum. Die deutschen und englischen Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen haben sich mit einem schwierigen Erbe herumzuschlagen. Seit die SPD Regierungspartei ist, muss sie mit einer Staatsschuld von 2,5 Billionen DM und mit jährlichen Zinszahlungen von 82 Mrd. DM fertig werden! Vor diesem Hintergrund sind gewisse Sätze aus dem Schröder-Blair-Papier, die für Ursula Koch purer Neoliberalismus oder blosse Worthülsen sind, besser verständlich. Zum Beispiel: «Der Weg zur sozialen Gerechtigkeit war mit immer höheren öffentlichen Ausgaben gepflastert, ohne Rücksicht auf Ergebnisse oder die Wirkung

hoher Steuerlast auf Wettbewerbsfähigkeit oder private Ausgaben.» Oder: «Die Ansicht, dass der Staat schädliches Marktversagen korrigieren müsse, führte allzu oft zur überproportionalen Ausweitung von Verwaltung und Bürokratie, im Rahmen sozialdemokratischer Politik. Wir haben Werte, die den Bürgern wichtig sind – wie persönliche Leistung und Erfolg, Unternehmergeist, Eigenverantwortung und Gemeinsinn – zu häufig zurückgestellt hinter universelles Sicherungsstreben.» Oder: «Allzu oft werden Rechte höher bewertet als Pflichten.» Es sind Sätze, auf die manche braven SozialdemokratInnen geradezu allergisch reagieren. Aber sind es nicht Sätze, die aus dringender Notwendigkeit heraus gegen eine moralisch verbrämte Anspruchshaltung ankämpfen?

In der Schweiz ist alles weniger scharf konturiert. Wir hatten nie einen konfiskatorischen Sozialstaat mit einem umfassenden Sozialprogramm. Wir hatten, seit es die entsprechenden Statistiken gibt, nie Arbeitslosenquoten von 20 oder 50 Prozent. Wir hatten nie eine sozialdemokratische Mehrheit und ein ausgeklügeltes System staatlicher Wirtschaftslenkung. Aber gerade weil wir die entsprechenden Erfahrungen nicht haben, ist bei uns die Abwendung von überholten sozialistischen Vorstellungen so schwierig. Immer noch treffe ich Genossinnen und Genossen an, die annehmen, es müsste doch eigentlich möglich sein, die Geborgenheit im fürsorglichen Sozialstaat und die Segnungen des Weltmarktes gleichzeitig und in vollen Zügen zu geniessen. Immer noch höre ich Sprüche wie: Geld ist genug vorhanden, man muss es nur dort holen, wo es ist, nämlich bei den Reichen. Es manifestieren sich da im Grunde genommen die Ansprüche eines kommunistischen Egalitarismus, der aber nicht gleiche Armut für alle, sondern das Schlaraffenland für alle will. Dass dies nicht möglich ist, wäre eigentlich in diesem Jahrhundert hinlänglich bewiesen worden. Auch im

nächsten Jahrhundert wird es aller Voraussicht nach nicht möglich sein. Schauen wir doch nur die Verhältnisse in der Dritten Welt an. Es gibt noch viel zu tun, bis die Chancengleichheit für alle Leute in allen Ländern einigermaßen hergestellt sein wird. Da ist es sehr verfrüht, von einer Gleichheit zu sprechen, die über Rechtsgleichheit und Chancengleichheit hinausgeht. Wir müssen vom Egalitarismus abrücken und – ausgehend von realer Ungleichheit – die konkreten politischen Ziele formulieren. Dass man dies tun

kann, ohne gleich alle Vorstellungen von Gerechtigkeit und Solidarität aufzugeben, das müsste die heutige Sozialdemokratie aufzeigen. Das könnte der Inhalt einer an Grundwerten orientierten Programmdebatte sein.

Tobias Kästli, Historiker, lebt in Bern und nimmt gerne Reaktionen auf obigen Beitrag entgegen – per E-Mail an: t.kaestli@nachricht.ch.